



NEUE GEMEINDE

info

www.gvvgld.at



**LH Niessl, SPÖ-LGFDax und GVV Präsident Trummer
mit drei der acht neuen SPÖ-BürgermeisterInnen! S. 7**

**Burgenlands Gemeinden
wirtschaften vorbildlich :**
Schuldenstand sinkt seit
2011, 62 Mio. Euro Inves-
titionen im Jahr 2016 S. 5

Gemeinderatswahl: SPÖ
bleibt mit 1461 Mandaten
die stärkste Kraft im Land
und stellt 83 Bürger-
meisterInnen S. 6

**GVV Präsident Erich
Trummer und sein Team
wünschen besinnliche
Feiertage und einen guten
Rutsch ins neue Jahr!**

Klartext!

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland

Reformkraft Kommunalpolitik!

**Geschätzte BürgermeisterInnen und Vize-BürgermeisterInnen!
Liebe GemeindevertreterInnen!**

Nach den geschlagenen Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen möchte ich allen erfolgreichen GemeindevertreterInnen sehr herzlich gratulieren und mich bei allen KandidatInnen für Ihren großartigen Einsatz bedanken! In jedem Fall, egal ob die Ziele erreicht werden konnten oder es diesmal nicht geklappt hat, müssen wir uns ab sofort gezielt auf die nächsten Wahlen vorbereiten.

SPÖ bleibt Kommunalpartei Nummer 1

Trotz schmerzlicher Verluste konnten wir Sozialdemokraten die knappe Mehrheit an BürgermeisterInnen (SP 83, VP 82) und die Mehrheit an Mandaten (SP 1461, VP 1364) halten. In jedem Fall braucht es aber für die Zukunft grundlegende und weitreichende Reformen. Die sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen waren immer eine tragende Säule der Burgenländischen Sozialdemokratie. Wir müssen und werden uns als Gemeindevertreter deshalb aktiv und konstruktiv in den gestarteten Reformprozess der SPÖ Burgenland einbringen.

Reformprozess anpacken

Wir müssen gezielt an der Geschlossenheit und der Zusammengehörigkeit arbeiten, die uns gemeinsam zur bestimmenden Kraft im Land gemacht hat! Ich bin jedenfalls persönlich der Meinung, dass wir unter anderem auch eine neue strategische und strukturierte Personalentwicklung brauchen! Ich denke, wir müssen in sachlicher und konstruktiver Form, mit wechselseitiger Wertschätzung und auf Augenhöhe, viele Entwicklungen überdenken und unsere Strukturen zukunftsfit machen. Ich möchte euch bitten, euch dazu konstruktiv einzubringen - so wie schon bei anderen GVV-Prozessen (z.B. kommunale Bedarfserhebung, Bürokratieabbau). Wir KommunalpolitikerInnen können und müssen auch die Reformkraft sein, die uns SozialdemokratInnen im Burgenland künftig erfolgreich machen soll!

In diesem Sinn bedanke ich mich bei Euch auch persönlich für Eure gute Zusammenarbeit und für Eure großartige Unterstützung. Ich darf Euch aber auch schon jetzt zur GVV-Landeskonferenz am 10. März 2018 nach Raiding herzlich einladen, wo wir uns wieder neu aufstellen und durchstarten wollen! Ich wünsche Euch frohe Weihnachtsfeiertage und ein erfolgreiches Jahr 2018!

Mit freundschaftlichen Grüßen

Euer

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland



Elisabeth Böhm wurde in der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See von Bezirks-
hauptfrau Mag.a Birgit Lentsch angelobt. Im Bild: Bürgermeisterin Elisabeth Böhm mit
Bezirkshauptfrau Birgit Lentsch, Landeshauptmann Hans Niessl und NR Erwin Preiner.
(Foto: Bgld. Landesmedienservice) Foto: Landesmedienservice Burgenland

Böhm: „Die Neusiedlerinnen und Neusiedler stehen im Mittelpunkt“

Mit 53,81% (2345 Stimmen) wurde Elisabeth Böhm (SPÖ) bei der Bürgermeisterstichwahl am 29. Oktober von Neusiedls Bevölkerung zur neuen Stadthelfin gewählt. „Ich möchte unsere Stadt so gestalten, dass die Neusiedlerinnen und Neusiedler im Mittelpunkt stehen“ freut sich Böhm auf ihre Aufgabe.

In Anwesenheit von Landeshauptmann Hans Niessl, Nationalrat Erwin Preiner sowie Vertretern der Stadtverwaltung und Familienangehörigen leistete Böhm am 8. November ihren Amtseid. Am Tag darauf erfolgte die Übergabe im Rathaus durch ihren Vorgänger Kurt Lentsch.

„Ich gratuliere Bürgermeisterin Elisabeth Böhm zu ihrer Wahl, wünsche ihr für ihre Aufgabe viel Freude und Erfolg und freue mich auf die Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinde Neusiedl am See“, so Landeshauptmann Hans Niessl. „Ich werde das Amt überparteilich ausüben, so wie ich es bereits als Vizebürgermeisterin getan habe. Ich bin davon überzeugt, die Neusiedler haben das gespürt und mir deshalb ihr Vertrauen ausgesprochen“, so Böhm.

Böhm setzte sich in der Stichwahl mit 53,81% gegen 46,19% gegen ihren Mitbewerber Thomas Halbritter von der ÖVP klar durch.



Bezirkshauptfrau
Mag.a Birgit Lentsch
übergab Bürgermeis-
terin Elisabeth Böhm
das Angelobungs-
Dekret

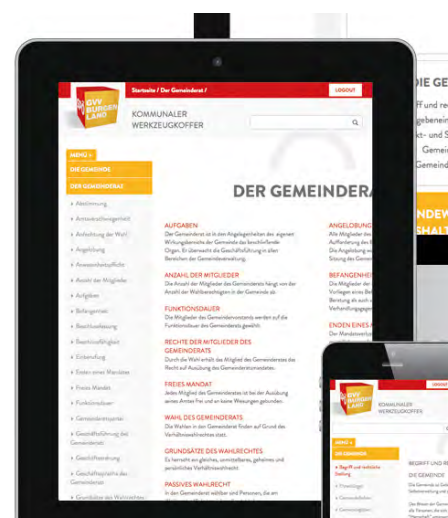
„Kommunaler Werkzeugkoffer“ aktualisiert

Der GVV Burgenland hat die Idee der digitalen Gemeindeordnung weiterentwickelt und den „Kommunalen Werkzeugkoffer“ 2012 in die GVV-Homepage integriert. Damit war der GVV Vorreiter in ganz Österreich.

Der GVV bietet die Möglichkeit, alle Inhalte der neuen Gemeindeordnung (Stand Oktober 2017) in vollem Umfang auch via Tablet und Smartphone zu nutzen. Man kann beispielsweise sehr leicht in oder kurz vor einer Gemeinderatssitzung auf den Inhalt des „Kommunalen Werkzeugkoffers“ via Smartphone zugreifen und sich sofort in Echtzeit informieren, was man darf oder nicht darf, ob diverse Vorgangsweisen gesetzlich korrekt sind, oder nicht usw.“, so LGF Marhold.

„Gerade nach der geschlagenen Gemeinderatswahl mit vielen neuen Mandatarinnen und Mandataren wollen wir, dass dieses Angebot genutzt wird“, sagt GVV Präsident Erich Trummer. Sollte der eine oder andere seine Zugangsdaten vergessen haben, können diese einfach und unbürokratisch per Mail (elisabeth.wenzl@gvvgld.at) neu angefordert werden.

Zu finden ist der „Kommunalen Werkzeugkoffer“ unter www.gvvgld.at auf der Homepage des Verbandes. Nutzt dieses Angebot und informiert euch auch über die anderen wichtigen und spannenden Inhalte auf unserer Homepage!



Der „Kommunale Werkzeugkoffer“ enthält viele Tools und Infos für Gemeindevand-
tarInnen Foto: GVV Burgenland

Zur Sache!

Mag. Herbert Marhold
GF GVV Burgenland

Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!

Auch im Jahr 2018 stehen uns wieder Neuerungen bevor. Im konkreten Fall nicht nur eine neue Bundesregierung, sondern auch die europäischen Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO), die mit Mai 2018 zahlreiche Neuerungen – auch für Gemeinden – mit sich bringt. Grundsätzlich bedarf die DSGVO, die unmittelbar anzuwenden ist, keiner Umsetzung in nationales Recht, dennoch muss das Datenschutzgesetz gründlich überarbeitet werden. Bis die DSGVO am 25. Mai 2018 Gültigkeit erlangt, wird das allgemein bekannte Datenverarbeitungsregister (DVR) weitergeführt, in das alle Datenverarbeitungen gemeldet werden müssen. Ab Mai 2018 ist dann Schluss und die DSGVO übernimmt.

Fakt ist, dass die Gemeinden ab Mai 2018 die Pflicht zur Benennung eines Datenschutzbeauftragten haben, da gemäß DSGVO ausnahmslos jede Behörde und jede öffentliche Stelle einen Datenschutzbeauftragten benennen MUSS. Dessen Aufgabe ist es unter anderem, den Verantwortlichen und die Beschäftigten zu beraten, die Einhaltung der Datenschutzvorschriften zu überwachen und als Anlaufstelle für die Datenschutzbehörde zu fungieren. Der Datenschutzbeauftragte kann Beschäftigter des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters sein oder aber seine Aufgaben auf Grund eines Dienstleistungsvertrages erfüllen. Neu sind auch umfangreiche Informationspflichten bereits bei der Erhebung von personenbezogenen Daten.

Es ist nach der DSGVO möglich, einen gemeinsamen Datenschutzbeauftragten zu bestellen. Dies kann auch ein externer Dienstleister sein. Daher wurde vom GVV mit dem Land besprochen, ob man hier zu einer gemeinsamen Lösung kommt, um die Arbeit für die einzelnen Gemeinden zu erleichtern. Wenn alle rechtlichen und organisatorischen Grundlagen geklärt sind, dann soll es politische Gespräche geben, ob und wenn ja in welcher Form eine solche „Kooperation“ zwischen Land und den Gemeinden möglich ist, wie das finanziert wird und aus welchem Topf. Das ist ein wichtiges Signal, da es bereits private „Keiler“ gibt, die das für die Städte und Gemeinden umsetzen wollen. Neben der Umstellung auf die VRV wittern hier viele „Private“ die nächste Chance auf „fette Gewinne“. Der GVV strebt eine Lösung mit „bekannten“ Partnern (Land) an und will hier die Möglichkeiten einer Kooperation ausloten. Ziel ist es, bis zum Ende des ersten Quartals 2018 eine tragfähige Lösung für die Städte und Gemeinden zu erarbeiten!

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold
Geschäftsführer GVV Burgenland



Burgenlands Gemeinden in Zahlen.

Quelle: Kommunalnet

Schuldenstand der burgenländischen Gemeinden ist seit 2011 sinkend!

Das Ergebnis des vor kurzem präsentierten Gemeindefinanzberichtes ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert: trotz gestiegener Investitionen haben Österreichs Gemeinden den Schuldenstand real reduziert und 2016 einen Maastricht-Überschuss von 31 Millionen Euro erwirtschafteten! Gut schlagen sich die burgenländischen Gemeinden: Sie konnten ihren Schuldenstand seit 2011 laufend senken.

Mit dem österreichischen Gemeindefinanzbericht 2017 legen die Gemeinden auch heuer ihre Finanzdaten offen. Dieser Bericht basiert auf den österreichweiten Rechnungsabschlüssen des Jahres 2016, die lückenlos von allen Gemeinden ausgewertet wurden. Die Gesamteinnahmen der Gemeinden lagen 2016 bei 20,369 Milliarden Euro, die Ausgaben bei 20,319 Milliarden Euro.

Die Einnahmen aus Ertragsanteilen und aus der Kommunalsteuer ergaben 2016 zusammen rund 88 % des Aufkommens aus Abgabenerträgen. Mit 65,3 % trägt die Kommunalsteuer den größten Anteil zu den Einnahmen aus Gemeindeabgaben bei, gefolgt von der Grundsteuer mit 16,6 %. Weitere Anteile an eigenen Abgaben: Interessentenbeiträge (8,3 %), Fremdenverkehrsabgaben (2,0 %), sonstigen Abgaben (4,8 %).

Die Ausgaben in den Bereichen Straßen, Wasserbau, Verkehr waren die am stärksten steigenden Ausgabengruppen im Jahr 2016 (+16,0 % bzw. 85,6 Mio Euro. auf 622,1

Mio Euro). Ebenso starke Anstiege gab es bei Gesundheit (+4,9 % 57,5 Mio. Euro) und Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft (+4,7%, 79,9 Mio Euro).

Verlangsamt hat sich die Anstiegsdynamik der Sozialausgaben der Gemeinden. Jedoch stiegen diese weiter um deutliche 3,5 % (61,6 Mio. Euro) auf 1,82 Milliarden Euro (2015: +7,4 %). Der Bereich Soziale Wohlfahrt war bis zum Jahr 2011 der wesentliche Treiber der kommunalen Ausgaben. Im Zeitraum 2000 bis 2011 stiegen die Nettoausgaben für Soziale Wohlfahrt einschließlich Pflege um +98,8 % (+9,0 % p. a.). Mit Einführung des Pflegefonds im Jahr 2011 wurde diese außergewöhnliche Ausgabendynamik vorübergehend gebremst.

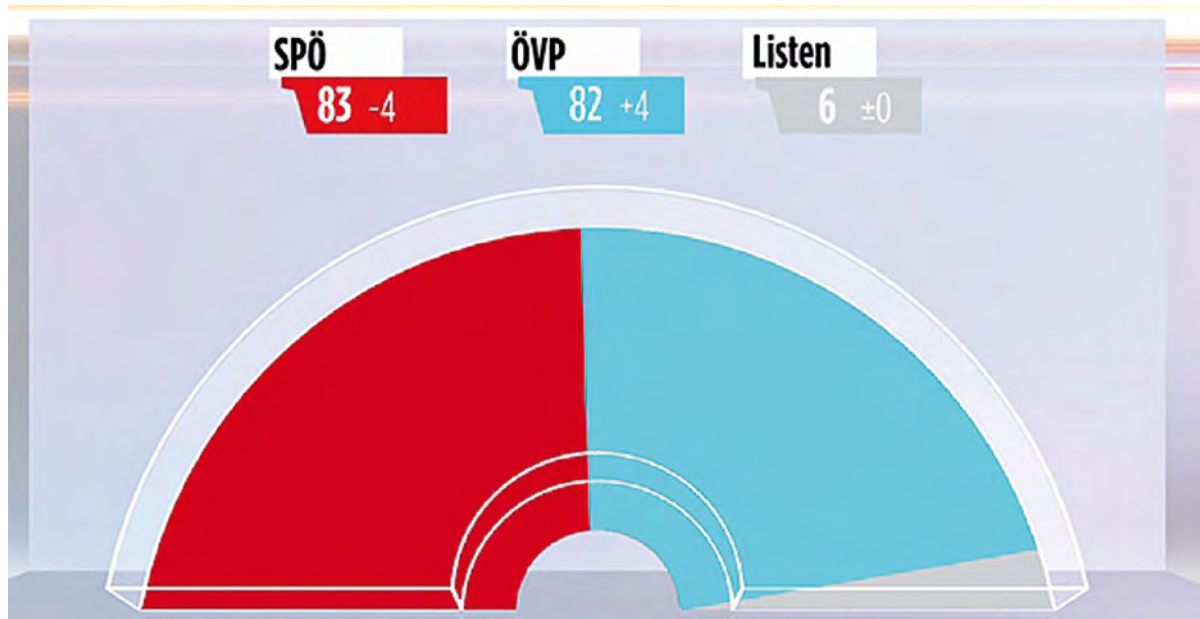
Höchst nachteilig für die Gemeinden entwickelt sich die Dynamik zwischen Transfererträgen und Transferzahlungen. Die Differenz liegt inzwischen bei mehr als 1,575 Milliarden Euro zu Lasten der Gemeinden. Die sogenannte „freie Finanzspitze“, ein wichtiger Indikator für die Investitionsmöglichkeiten der Gemeinden, ist 2016 im Vergleich zu 2015 merkbar gesunken und betrug nur noch 449 Mio. Euro. Für 2017 wird ein weiterführender Einbruch auf 331 Mio. Euro erwartet.

Burgenlands Gemeinden haben 2016 Einnahmen von 605 Millionen Euro verbucht, während die Ausgaben 596 Millionen Euro betragen. 136 Millionen Euro haben die Gemeinden 2016 in Kindergärten und Bildung investiert.

Die wichtigsten Zahlen im Überblick

- Österreichs Gemeinden erwirtschafteten 2016 einen Maastricht-Überschuss von 31 Mio. Euro.
- Die Gesamteinnahmen der Gemeinden lagen 2016 bei 20,369 Mrd. Euro, die Ausgaben bei 20,319 Mrd. Euro.
- Die Ausgaben abzüglich Tilgungen der Gemeinden ohne Wien erhöhten sich im Jahr 2016 um 693 Mio. Euro bzw. 3,5 % auf 19,052 Mrd. Euro.
- Mit einem Anstieg von +136,6 % bzw. 1,05 Mrd. Euro sind die jährlichen Ausgaben für Soziale Wohlfahrt die am stärksten steigenden Nettoausgaben der Gemeinden seit dem Jahr 2000.
- Die Nettoausgaben für Gesundheit liegen mit einem Anstieg seit dem Jahr 2000 von +100,5 % bzw. 618,4 Mio. Euro auf Platz zwei.
- Fast 40 % der Investitionen der Gemeinden (EUR 795,3 Mio.) flossen in den Aufgabenkreis Dienstleistungen, also in die Wasserversorgung, in den Kanalbau und Kläranlagen sowie Müllentsorgungsbetriebe.
- Infrastrukturinvestitionen im Bereich Verkehr machten ein Viertel der Gemeindeinvestitionen (EUR 539,3 Mio.) im Jahr 2016 aus. Der drittgrößte Investitionsblock war Bildung (449,6 Mio. Euro)
- Gemeinden überweisen Ländern 1,5 Mrd. Euro pro Jahr!
- Die „Freie Finanzspitze“ ist 2016 im Vergleich zu 2015 auf 449 Mio. Euro gesunken (2015: 631 Mio. Euro).
- Burgenland 2016: 605 Mio. Euro Einnahmen, 596 Mio. Euro Ausgaben, 92 Mio. Euro Investitionen, 28 Mio. Euro Rücklagen, 63 Mio. Euro für Sozialausgaben.

GR-Wahl: SPÖ bleibt mit 1461 Mandaten die stärkste Kraft auf kommunaler Ebene



Stichwahl

Bürgermeisterstichwahlen im Burgenland mit 9 zu 8 an SPÖ!

Die SPÖ hält nach der Bürgermeisterwahl und der Stichwahl bei 83 Bürgermeistersesseln, die ÖVP bei 82, diverse Listen bei 6 Bürgermeistersesseln. In der Stichwahl konnte die SPÖ Zurndorf, Kleinmürbisch, Kobersdorf, Loipersbach und Großhöflein halten. Neu dazu kommen Neusiedl am See, Bad Tatzmannsdorf, Königsdorf sowie Wimpassing. Die ÖVP verlor Jennersdorf an eine Liste und konnte Weiden am See halten! Gewonnen wurde von der ÖVP in Steinbrunn, Mörbisch, Ritzing, Hannersdorf, Loipersdorf-Kitzladen, Kittsee sowie St. Andrä.

Die SPÖ bleibt mit 83 Bürgermeistergemeinden, mit 44,4% der Stimmen und 1461 Mandaten die stärkste Kraft in den Gemeinden, gefolgt von der ÖVP mit 82 Bürgermeistergemeinden, mit 41,8% und 1364 Mandaten. Die FPÖ erreicht 6,3% und 144 Mandate, die Grünen 1,9% und 27 Mandate sowie die LBL, die 1,8% der Stimmen erreicht und 45 Mandate sowie zwei Bürgermeister stellt.

Die SPÖ behält die Mehrheit bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern

Nach den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2017 stellt die SPÖ weiterhin die meisten Ortschefs. Sie hält bei 83 Bürgermeistersesseln.

Die SPÖ hält 83 Bürgermeistersesseln, die ÖVP bei 82, 6 Ortschefs werden von diversen Listen gestellt. Dazugewonnen werden konnten für die SPÖ die Gemeinden Neuhaus am Klausenbach, Bocksdorf, Siegraben und Neudorf sowie in der Stichwahl Neusiedl am See, Bad Tatzmannsdorf, Königsdorf und Wimpassing. Verloren wurden Horitschon, Hornstein, Tadt, Großmürbisch, Jois und Markt Neuhodis sowie in der Stichwahl Steinbrunn, Mörbisch, Ritzing, Hannersdorf, Loipersdorf-Kitzladen, Kittsee und St. Andrä. In 19 Gemeinden gab es eine Stichwahl (Kasten links). In einer Stichwahl, nämlich in der Stadt Jennersdorf, stand die SPÖ nicht mehr zur Wahl.

SPÖ ist die stärkste Kraft in den burgenländischen Gemeinden

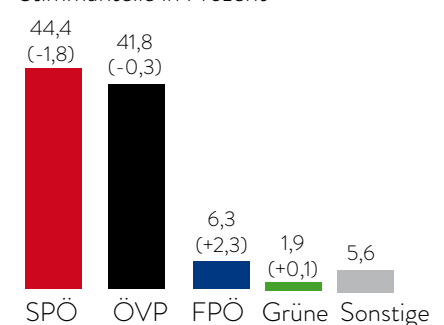
Die SPÖ bleibt mit 44,4% der Stimmen und 1461 Mandaten die stärkste Kraft in den Gemeinderäten, gefolgt von der ÖVP mit 41,8% und 1364 Mandaten. Die FPÖ erreicht 6,3% und 144 Mandate, die Grünen 1,9% und 27 Mandate sowie die LBL, die 1,8% der Stimmen erreicht und 45 Mandate

und zwei Bürgermeister stellt.

„Der GVV Burgenland möchte sich bei allen, die für die SPÖ kandidiert haben für ihren Einsatz und ihre Bereitschaft sehr herzlich bedanken! Bedanken wollen wir uns auch bei jenen Gemeinden, die in den letzten 5 Jahren Mitglieder des GVV Burgenland waren für die gute Zusammenarbeit und das Vertrauen, das sie unseren Verband entgegengebracht haben. Wir hoffen, dieses Vertrauen auch gerechtfertigt zu haben. Gratulieren wollen wir allen, die ihre Wahlziele erreicht haben, besonders aber jenen, die neue Bürgermeistersessel erobern konnten! Bei jenen, die ihre Wahlziele leider nicht erreichen konnten, wollen wir uns für ihren Einsatz bedanken“, so GVV Präsident Erich Trummer.

Ergebnisse Gemeinderatswahl

Stimmanteile in Prozent





Signal an die Jugend: der 20-jährige Fabio Halb (SPÖ) gewann in Mühlgraben die Direktwahl mit 79,44 % und trat damit die Nachfolge von Reinhard Knaus an. Halb ist nun Österreichs jüngster Bürgermeister.

SPÖ dreht acht Gemeinden um und stellt den jüngsten Bürgermeister

In acht Gemeinden setzten sich die SPÖ-Kandidaten gegen die amtierenden Bürgermeister durch und eroberten die Bürgermeistersessel.

Elisabeth Böhm (Neusiedl am See), Andreas Gradwohl (Sieggraben), Ernst Edelmann (Wimpassing), Gert Polster (Bad Tatzmannsdorf), Franz Pelzmann (Bocksdorf), Mario Trinkl (Königsdorf) sowie Reinhard Mund (Neuhaus am Klausdenbach) und Karel Lentsch (Neudorf) gewannen das Vertrauen der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler und lenken nun die Geschicke in ihren Gemeinden.



Ernst Edelmann gewann die Bürgermeisterwahl in Wimpassing



Die Bevölkerung von Neusiedl am See sprach Elisabeth Böhm ihr Vertrauen aus



In Sieggraben setzte sich Andreas Gradwohl gegen den seit 1992 amtierenden Vinzenz Jobst durch



In der Kur- und Tourismusgemeinde Bad Tatzmannsdorf führt nun Gert Polster die Geschicke



Neuer Bürgermeister von Bocksdorf ist Franz Pelzmann



Mario Trinkl setzte sich in Königsdorf in der Stichwahl mit 53,08 % gegen Dieter Wirth durch



In Neuhaus am Klausdenbach setzte sich Reinhard Mund auf Anhieb im ersten Wahlgang durch



Karel Lentsch wurde als neuer Bürgermeister von Neudorf angelobt

Doskozil wechselt ins Burgenland

Beim außerordentlichen Landesparteivorstand der SPÖ Burgenland am 8. November wurde einstimmig beschlossen, dass Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil die Agenden von Landesrat Helmut Bieler übernehmen wird. Der Wechsel soll im Dezember erfolgen. „Die Nominierung von Doskozil als Regierungsmitglied ist die erste Weichenstellung für die Zukunft der SPÖ Burgenland. Mit Hans Peter Doskozil kommt der beste Minister und einer der populärsten Politiker Österreich zurück ins Burgenland. Ich bin froh, dass er sich so entschieden hat. Für das Burgenland und die Sozialdemokratie ist er die beste Wahl“, so Landeshauptmann Hans Niessl. Für Doskozil war es nach dem Ausgang der Nationalratswahl ein logischer und erstrebenswerter Schritt. „Ich komme sehr gerne ins Burgenland zurück und freue mich schon auf die neue Aufgabe“, so Doskozil.

Mit Hans Peter Doskozil startet die burgenländische Sozialdemokratie einen Reformprozess. Dementsprechend wird er auch eine neu eingesetzte Reformgruppe leiten. „Wir werden in dieser Gruppe alles fair und offen hinterfragen und am Schluss zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen. Die interne Geschlossenheit ist mir dabei das Wichtigste“, so Doskozil. Hans Peter Doskozil wird auch beim Landesparteitag im September 2018 von Landeshauptmann Hans Niessl als neuer Landesparteivorsitzender vorgeschlagen werden. Wer als Spitzenkandidat in die Landtagswahl 2020 geht, wird im Frühjahr 2019 entschieden.

Mit Landesrat Helmut Bieler verlässt das längstdienende Mitglied der Burgenländischen Landesregierung die Bühne der Politik. Von 1999 bis heute war er Landesrat, zuständig für die Ressorts Finanzen, Kunst, Kultur, Wissenschaft, Straßenbau und Landeshochbau.



SPÖ Landesparteivorstand beschließt Rochade im Regierungsteam.



Die Nachfrage nach dem Schulungsprogramm zur neuen kommentierten Gemeindeordnung und zur Finanzgebarung war burgenlandweit sehr hoch. Fotos: GVV Burgenland

Kommentierte Gemeindeordnung und Schulung des GVV voller Erfolg

Mehr als 700 Mandatarinnen und Mandatare nahmen an den Schulungen des GVV Burgenland zur neuen Gemeindeordnung sowie zur Finanzgebarung burgenlandweit teil.

„Wir haben von der neuen, kommentierten Gemeindeordnung mehr als 350 Stück bereits verkauft, bei 171 Gemeinden ist das eine beachtliche Zahl. Mit im Programm haben wir auch kommentierte Geschäftsordnungen für den Gemeinderat und die diversen Ausschüsse. Auch hier konnten wir bis dato mehr als 160 Stück absetzen und mussten bereits beide Ausgaben nachdrucken lassen!“, so GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold.

Die Schulungen des GVV führten wieder Rechtsexperten des Landes, erfahrene Amtmänner sowie Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold durch. In jedem Bezirk des Landes wurden 2 Schulungen abgehalten, jeweils eine für die neue Gemeindeordnung und eine zur Finanzgebarung mit Schwerpunkt auf Voranschlag und Rechnungsabschluss. Außerdem wurde auch speziell auf den Prüfungsausschuss eingegangen, da dies ein wichtiges Instrument für Minderheitsgemeinden darstellt.

GVV Präsident Trummer: „Es freut mich sehr, dass so viele Kommunalmandatarinnen und -mandatare dieses Angebot des Verbandes und des Renner Instituts angenommen haben. Die Schulungen waren für Mitglieder gratis und wir sind sehr froh, dass diese hohe Schulungs- und Lernbereitschaft bei unseren Funktionärinnen und Funktio-

nären gegeben ist. Daher werden wir auch 2018 einen speziellen Schwerpunkt auf Personalentwicklung und Schulungen im kommunalen Bereich legen!“ Der Verband hat ein umfangreiches Servicepaket für die Gemeinden, aber auch für die einzelnen Mandatarinnen und Mandatare geschnürt, das sich sehen lassen kann. „Die Schulungszahlen, aber auch die Abnahmezahlen der kommentierten Gemeindeordnung und der Geschäftsordnungen zeigen, dass wir weit über unsere Mitgliedsgemeinden hinaus als Vertretung Akzeptanz finden und gutes Service honoriert wird“, so Trummer.



Die neue, kommentierte Auflage der burgenländischen Gemeindeordnung sowie dazu passende Geschäftsordnungen wurde vom Rechtsexperten Dr. Julius Schusztner im Auftrag des GVV herausgebracht.



Der Personalbericht über den Öffentlichen Dienst zeigt, dass die personelle Ausstattung von Österreichs Verwaltung unter dem OECD-Schnitt liegt. *Quelle: Kommunalnet*

Gemeinden haben im Bundesvergleich die schlankste Verwaltung

Einmal im Jahr nimmt sich der Öffentliche Dienst mit dem Bericht „Das Personal des Bundes“ selbst unter die Lupe. Immer noch haben die Gemeinden mit 74.085 Bediensteten den geringsten Personalstand. Der Bund verfügt mit 132.741 Beschäftigten über die zweitgrößte Verwaltung, während die Länder mit 142.347 die meisten Mitarbeiter/innen beschäftigen.

Der internationale Vergleich zeigt daher deutlich, dass Österreich immer noch eine relativ schlanke Verwaltung hat. Der Anteil öffentlich Bediensteter lag 2015 in Österreich bei 16 Prozent, im OECD-Schnitt bei 18,1 Prozent. Die anteilmäßig größte Verwaltung haben die nordischen Staaten mit 25 bis 30 Prozent. Deutschland wiederum hat mit 10,6 Prozent eine deutlich schlankere Verwaltungsstruktur.

Der GVV Burgenland

lädt herzlich zur

Ordentlichen Landeskonferenz

am Samstag, den 10. März 2018
um 10.00 Uhr

im Lisztzentrum, Raiding

2. Wahltag war voller Erfolg!

Erstmals konnten am Freitag, eine Woche vor dem Wahlsonntag, Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden im Rahmen eines zweiten, vorgezogenen Wahltages, so wie bei den Landtagswahlen im Burgenland, ihre Stimme abgeben. Mit Erfolg: Fast 12 Prozent aller Wahlberechtigten haben landesweit diese Möglichkeit der frühzeitigen Stimmabgabe genutzt, das sind um über 3 Prozent mehr als bei der Landtagswahl 2015 (8,55 Prozent). Dieses Ergebnis übertrifft alle Erwartungen und bestätigt die Wichtigkeit dieses demokratiepolitischen Zusatzangebots für die Wählerinnen und Wähler.

Die höchste Wahlbeteiligung verzeichnete dabei der Bezirk Oberpullendorf mit 14,38 Prozent, gefolgt vom Bezirk Güssing mit 13,97 Prozent und dem Bezirk Oberwart mit 12,99 Prozent. Weitere Prozentsätze: Bezirk Eisenstadt-Umgebung 12,19 Prozent, Bezirk Mattersburg 11,29 Prozent, Bezirk Neusiedl am See 10,15 Prozent, Bezirk Jennersdorf 10,11 Prozent, Magistrat Rust 10,04 Prozent, Magistrat Eisenstadt 4,88 Prozent. Der vorgezogene Wahltag bei Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen wurde mit dem neuen Gemeinderechtspaket möglich. Für GVV Präsident Trummer und LRin Eisenkopf ist der vorgezogene Wahltag auch ein Angebot für alle Wählerinnen und Wähler, die am eigentlichen Wahlsonntag verhindert sind und trotzdem ihr geheimes, persönliches Wahlrecht nutzen wollen. „Dieses Mehr an Demokratie ist uns wichtig – gerade bei Wahlen, die das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen an ihrem Wohnort beeinflussen“, so die beiden.



Neuer Wahl-Freitag übertraf alle Erwartungen - 31.058 Wahlberechtigte (11,86 Prozent) nutzen vorgezogenen Wahltag!

Foto: GVV Burgenland



Rettungsbeirat legt Rettungseuro fest

Rettungseuro 2018 beträgt 10,12 Euro

Ende November hat der Rettungsbeirat mit Vertretern des Landes, des Städtebundes Burgenland, des Gemeindebundes Burgenland, dem GVV Burgenland sowie den anerkannten Rettungsorganisationen den Rettungseuro für das Jahr 2018 beschlossen und mit 10,12.- Euro festgelegt. Mit diesem Betrag ist örtlicher (6,25.- Euro) und überörtlicher Rettungsdienst und als Teil davon der NAW (3,87.- Euro) abgedeckt.

GVV: Ersatz für Wegfall des Pflegeregresses

Der Ersatz für den Wegfall des Pflegeregresses ist nur eine der Forderungen der Gemeinden an die neue Bundesregierung. Der Bund hat die Regressmöglichkeit abgeschafft, daher soll er auch die daraus entstehenden Folgekosten übernehmen, so der Standpunkt der Gemeinden. Diese Kosten dürften weit höher liegen als jene 100 Millionen Euro, die als Refundierung pro Jahr vorgesehen sind. Experten beziffern die Jahreskosten zwischen 300 und 400 Millionen Euro. Das ist für die Länder und Gemeinden schlichtweg unfinanzierbar. Auch die vereinbarten Budgetziele im Stabilitätspakt seien auf diese Weise nicht einzuhalten. Um die Drastik der Lage klar zu machen, wurde eine Initiative gestartet, bei der die Städte und Gemeinden Resolutionen beschließen, um ihrem Standpunkt gegenüber der Bundesebene Nachdruck zu verleihen. Der GVV Burgenland unterstützt die Resolution Pflegeregress. GVV Hauptforderungen an die Bundesregierung sind die Verankerung und langfristige Dotierung des im FAG festgelegten Strukturfonds für strukturschwache Gemeinden und die Absicherung einer ausreichenden Finanzierung des Pflegefonds.

KOPAK Seminare nach Gemeinderatswahl gut angenommen!

Der GVV Burgenland und das RI Burgenland haben mit der KOPAK eine gemeinsame Plattform für Schulungen geschaffen. Im Rahmen dieser KOPAK finden immer noch allgemeinen Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen Schulungen für alle neuen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie alle neuen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte statt.

Anfang November wurde die „Gemeindeordnung neu“ bereits in den Bezirken Jennersdorf, Mattersburg und Eisenstadt-Umgebung geschult. Mitte November folgten auch die Bezirke Oberpullendorf, Neusiedl, Oberwart und Güssing. Im zweiten Schulungsteil ab Mitte November wurden dann unter dem Seminarartikel „Finanzgebarung“ in allen Bezirken bezüglich Rechnungsabschluss und Voranschlag, sowie bezüglich Aufgaben im Prüfungsausschuss geschult.

Als Trainer gewonnen werden konnten Mag. Nicole Schlaffer, AL Karl Aufner, AL Ernst Wild, AL Otto Lippert sowie AL Gerhard Horwath.

Die Teilnehmer erhielten auch ein speziell verfasstes Skriptum zu allen Schulungsgebieten. Insgesamt waren diese KOPAK Schulungen der Auftakt zu einer großen Schulungsinitiative des GVV und des RI Burgenland für die Kommunalmandatarinnen und Kommunalmandatäre im Jahre 2018.



Schulung im Bezirk Mattersburg



Vortragender Karl Aufner im Bezirk Jennersdorf



Auch in Oberpullendorf war das Interesse groß



Viele GemeindegliederInnen nutzen im Vorfeld der GR- und Bürgermeisterwahlen das KOPAK-Schulungsangebot um Neues zu lernen bzw. bereits Bekanntes aufzufrischen.



Auch in den Bezirken Oberwart und Eisenstadt-Umgebung wurden Kurse angeboten



SPÖ vollzog Personalrochade: Friedl im Nationalrat, Heger im Landtag, Schabhüttl im Bundesrat: Nach bereits erfolgter Angelobung der Landtagsabgeordneten Kludia Friedl im Nationalrat, ist die SPÖ-Personalrochade auch im burgenländischen Landtag vollzogen worden: Der bisherige Bundesrat Peter Heger wurde als neuer Landtagsabgeordneter angelobt und Jürgen Schabhüttl neu in den Bundesrat entsandt. Mit Kludia Friedl, Peter Heger und Jürgen Schabhüttl entsendet die burgenländische Sozialdemokratie hervorragende politische Persönlichkeiten in drei Volksvertretungen. Alle drei weisen viel politische Erfahrung auf und werden das Burgenland sehr gut vertreten.

Foto: SPÖ Burgenland

Wechsel an der Spitze des SPÖ-Landtagsklubs

Klubobmann Robert Hergovich wird seine Funktion mit 1. Jänner 2018 zurücklegen und zurück in die Arbeiterkammer Burgenland wechseln. Ihm folgt Ingrid Salamon als Klubobfrau nach. „Ich bedanke mich bei Robert Hergovich für die jahrelange Ausübung von Spitzenfunktionen in der SPÖ Burgenland. Mit Ingrid Salamon haben wir eine hervorragende Nachfolgerin gefunden: Ihre Kompetenz und geradlinige Art schätzen die Menschen“, so Landeshauptmann Hans Niessl.



LH Niessl, KO Hergovich, LAbg. Salamon
Foto: SPÖ Burgenland

**e energie
BURGENLAND**

**Servicepartner punkten
mit unseren Kunden.
Kunden punkten mit
unseren Servicepartnern.**

*Wir sind
Energie-
Gewinner.*

**Mehr Vorteile bei
über 150 Service-
partnern.**

Mit über 150 Servicepartnern ist Energie Burgenland immer in Ihrer Nähe. Unsere Servicepartner punkten mit exzellenten Angeboten und Services. Und Sie? Sie punkten ebenfalls, wenn Sie bei Ihrem Servicepartner Ihre Bonuspunkte und Bonusleistungen einlösen und von unseren attraktiven mehrKomfortpaketen profitieren.

www.energieburgenland.at



LAbg. Ingrid Salamon, Obfrau Städtebund - Landesgruppe Burgenland, Akademie Burgenland Geschäftsführerin Mag.a Bettina Frank, Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf und GVV Präsident Bgm. Erich Trummer stellen den neuen Lehrgang vor. Foto: LMS Burgenland

Akademie Burgenland startet neuen Lehrgang für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

Lehrgang soll vor allem Basiswissen zu verschiedensten Rechtsthemen, die für die Ausübung des Bürgermeisteramtes erforderlich sind, vermitteln!

Die Aufgaben für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden immer komplexer. Daher hat die Akademie Burgenland in Kooperation mit dem Land Burgenland und den burgenländischen Gemeindeverbänden einen neuen Lehrgang für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf die Beine gestellt. 14 Module umfasst der Lehrgang und dabei erhalten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die neu im Amt sind, aber auch bereits länger in dieser Funktion Tätige, die ihr Fachwissen auffrischen wollen, Basiswissen zu verschiedensten Rechtsthemen, die für die Ausübung des Amtes erforderlich sind. „Gerade auf rechtlicher Ebene gibt es laufend Änderungen. Es liegt im Interesse des Landes und der Verbände, dass an der Spitze der burgenländischen Gemeinden gut ausgebildete Menschen

stehen“, so die Verantwortlichen, Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf, Akademie Burgenland Geschäftsführerin Mag.a (FH) Bettina Frank, Bgm.in Ingrid Salamon vom Städtebund - Landesgruppe Burgenland und GVV Präsident Bgm. Erich Trummer unisono.

Als geschäftsführendes Organ der Gemeinde ist ein Bürgermeister insbesondere für die Ausführung der Beschlüsse des jeweiligen Gemeinderates zuständig, zudem besorgt er alle Verwaltungsangelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinden. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stehen damit täglich vor großen Herausforderungen, da es auch um einen sorgsam Umgang mit öffentlichen Geldern geht.

GVV Präsident Trummer: „Hier sieht man auch, welch ein Wirtschaftsfaktor und – motor die Gemeinden in den jeweiligen Bundesländern geworden sind!“

Der Lehrgang in der Akademie startet im Februar 2018 und wird in Eisenstadt und in Pinkafeld angeboten. Die Module werden nachmittags und abends stattfinden, um eine Teilnahme zu erleichtern. „Die angebotenen Module können auch einzeln gebucht und absolviert werden – wenn jemand sein Wissen in einem speziellen Bereich auffrischen will“, so Geschäftsführerin Bettina Frank.

Salamon und Trummer begrüßen das neue Angebot. „Wir erleben eine neue Zeitrechnung der Kommunalpolitik. Neue gesetzliche Rahmenbedingungen haben die Rolle des Bürgermeisters auf eine neue Basis gestellt. Der Bürgermeister wird zum Kommunalmanager. Wir brauchen diese neue Qualität der Kommunalpolitik, weil auch die Herausforderungen neu sind“, so Trummer.

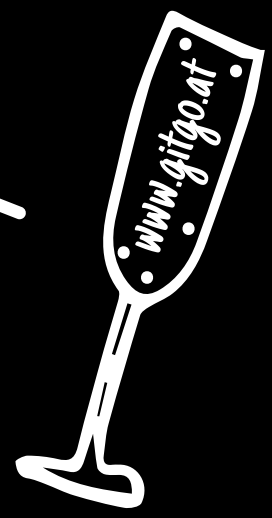
Infos und Anmeldung zum Lehrgang: Akademie Burgenland GmbH, Tel. +43 (0)5 7705-5200, E-Mail: office@akademie-burgenland.at, www.akademie-burgenland.at

treat
your
serifs
right. X

young. wild. free.
EDITION
gitgo



NOTHING
CAN STOP
A GOOD
IDEA



gitgo → do let's
magic

don't
give me a

let me be your
landingpage



Breitband: 23 Mio. Euro bereits investiert

Laut dem Bundesministerium für Infrastruktur ist die zweite Ausschreibungsrunde des Förderprogramms „Breitband Austria 2020“, besser bekannt als Breitbandmilliarde, abgeschlossen. Insgesamt 7,2 Millionen Euro werden seitens des Bundes in den burgenländischen Breitbandausbau investiert. Hinzu kommt der 1,2 Millionen Euro umfassende Sondertopf „Access ELER“, dessen Gelder zur Hälfte bereits vergeben sind. Zudem flossen rund 15 Millionen Euro des Breitbandpaktes der führenden Provider bereits in die heimische Infrastruktur. Das Land Burgenland setzt Maßnahmen auf allen Ebenen: Neben der Breitbandmilliarde auf Bundes- und dem Breitband-Pakt auf Landesebene, hat das Land für die Gemeinden die Förderaktion ‚Digitaler Dorfplatz‘ ins Leben gerufen.

Durch die Unterzeichnung des Breitbandpaktes habe man gute Ergebnisse erzielt und die bisherige Investitionssumme auf insgesamt rund 23 Millionen Euro anheben können, erklärt Landtagspräsident Christian Illedits, der den Pakt federführend für das Land Burgenland ausverhandelte. Die Förderzusage aus der zweiten Ausschreibungsrunde betrachtet er ambivalent: Dass 11.500 Burgenländerinnen und Burgenländer in 39 Gemeinden durch die Breitbandmilliarde an das Hochleistungsinternet angebunden werden sei zu begrüßen, allerdings gelte es die Aufteilungsschlüssel für die Fördergelder seitens des Ministeriums für die Zukunft zu überdenken. Wie viele Gelder in welche Länder fließen entscheidet der Bund abhängig von der bestehenden Versorgung.

„Das Burgenland hat seine Hausaufgaben in puncto Breitbandausbau gemacht und erhält daher relativ geringe Förderbeträge für den weiteren Ausbau. Trotz der vergleichsweise hohen Netzabdeckung finden sich vor allem im südburgenländischen Breitbandatlas nach wie vor zahlreiche weiße Flecken. Es ist kontraproduktiv gut entwickelten Regionen die Förderungen zu entziehen um einen Bundesdurchschnitt herzustellen. Vielmehr müssen wir erwirken, dass sich der Ausbau in allen Regionen permanent weiterentwickelt,“ so Illedits.



LRin Verena Dunst, LRin Mag.a Astrid Eisenkopf, Friederike Reismüller, Michaela Raber, NRin Klaudia Friedl, Ingrid Ulreich, Elisabeth Trummer, Renate Habetler, Laura Moser, Birgit Grafl, Andrea Reichl, LFGFin Alexandra Bayer
Foto: SPÖ Frauen Burgenland

Kommunlapolitikerinnen trafen sich zum informellen Austausch

Zum zweiten Mal in diesem Jahr traf SPÖ Landesfrauenvorsitzende LRin Verena Dunst die SPÖ Bürgermeisterinnen und Vizebürgermeisterinnen des Burgenlandes zu einem Arbeitsgespräch.

„Ich habe diese Arbeitsgespräche im Vorjahr ins Leben gerufen, um den aktiven Erfahrungsaustausch und Informationsfluss unter den Frauen auf Kommunalebene weiter auszubauen. Die Ortschefinnen und Vizebürgermeisterinnen können viele Projektideen für ihre Gemeinden mitnehmen und sich rasch und informell austauschen, man erfährt viel Neues und kann so voneinander lernen“, so Verena Dunst anlässlich des Bürgermeisterinnen- und Vizebürgermeisterinnen-Treffens in Oberpullendorf.

Die Ortschefinnen diskutierten über die verschiedensten Themen, wie Förderungen,

Dorferneuerung oder soziale Angelegenheiten. Weitere Programmpunkte waren die Gemeinde- und Nationalratswahlen und die Aktion „16 Tage gegen Gewalt“. Beim Treffen stand aber nicht nur der Austausch im Vordergrund, sondern auch das Kennenlernen neuer Kolleginnen. Seit der Gemeinderats- und BürgermeisterInnenwahl im Oktober stellt die SPÖ Burgenland acht Bürgermeisterinnen und 15 Vizebürgermeisterinnen und ist klar die Bürgermeisterinnen-Partei im Land.

Die Jüngste unter ihnen ist die 27-jährige Laura Moser aus Pötttsching.

Die Teilnehmerinnen bewerten das Zusammentreffen einhellig positiv: „Der Austausch mit den Kolleginnen aus dem Nord-, Süd- und Mittelburgenland ist eine wertvolle Bereicherung für unsere tägliche Arbeit und bringt frischen Schwung mit sich!“

Nationalrat angelobt

Mit der Konstituierenden Sitzung des Nationalrats und der Angelobung der Abgeordneten am 9. November 2017 in der Hofburg begann für den Windener Bürgermeister Erwin Preiner eine weitere Periode als Abgeordneter zum Österreichischen Nationalrat.

Neu im Nationalrat für die SPÖ ist GWV

Vorstandsmitglied Klaudia Friedl. Mit fast 5.500 Vorzugsstimmen erreichte Erwin Preiner am 15. Oktober 2017 das einzige Vorzugsstimmenmandat im Regionalwahlkreis Burgenland Nord und wird auch in der neuen Gesetzgebungsperiode als Abgeordneter zusammen mit Klaudia Friedl aus Steinberg mit vollem Einsatz für das Burgenland im Nationalrat tätig sein.

Saubere Straßenfahrzeuge: Öffentliche Auftraggeber gefragt

Die öffentlichen Auftraggeber, also auch Gemeinden, kauften in der Vergangenheit zu wenige saubere Straßenfahrzeuge. Die EU-Kommission will das ändern und legt jetzt Zielvorgaben für jeden Mitgliedstaat vor. Für kommunale Anschaffungen gelten die Schwellenwert der EU-Vergaberichtlinie.

Die Idee, die Entwicklung und Markteinführung sauberer Straßenfahrzeuge aller Art mittels öffentlichem Auftragswesen zu fördern, ist auf EU-Ebene ein alter Hut. Der erste diesbezügliche Vorstoß ist über zehn Jahre alt. Da sich die letztlich verantwortlichen Gebietskörperschaften, einschließlich der Gemeinden, bisher gegen verpflichtende Quoten gewehrt haben und dies zu einer nur geringen Verbreitung sauberer Fahrzeuge im Dienste öffentlicher Auftraggeber führte, geht die EU-Kommission nun wieder einen Schritt weiter. Zur Erreichung der Pariser Klimaziele schlägt die EU-Kommission eine Reihe von Maßnahmen im Transportsektor vor, darunter auch eine Revision der Richtlinie über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge.

Energie- und Umweltauswirkungen bei Fahrzeugkauf berücksichtigen

Diese Richtlinie verpflichtet öffentliche Auftraggeber, die Energie- und Umweltauswirkungen zu beschaffender Fahrzeuge zu berücksichtigen um den Markt für saubere Fahrzeuge zu fördern. Da seit Inkrafttreten der RL aber nur 4,7% aller öffentlich

beschafften PKW und 0,4% der beschafften Vans den Kriterien für Sauberkeit und Energieeffizienz entsprechen, will die Kommission den Anwendungsbereich der Richtlinie auf andere Vergabeformen erweitern. Konkret sollen auch Leasingverträge, Miete und Ratenkauf sowie verschiedene Formen öffentlicher Dienstleistungsaufträge sowohl im Verkehrssektor als auch etwa für Müllentsorgung oder Postdienste unter die Richtlinie fallen. D.h. nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch deren Auftragnehmer müssen zur Erreichung der von der Kommission vorgeschlagenen Quote beitragen.

Österreichquote von 35% für saubere und effiziente Nutzfahrzeuge

Für Österreich wird eine Quote von 35% sauberer/energieeffizienter leichter Nutzfahrzeuge bis 2025 vorgeschlagen, für LKW eine Quote von 10%, für Busse 50%. Vor allem bei Bussen schlägt die Kommission zudem signifikante Steigerungen bis 2030 vor, wo 75% der im öffentlichen Einsatz stehenden Flotte den Kriterien der Richtlinie entsprechen sollen. Wie die Quote innerstaatlich umzusetzen sein wird, legt die Kommission nicht fest. Sicher ist aber, dass Städte und Gemeinden ihren Beitrag leisten werden müssen. Die zu berücksichtigenden EU-Schwellenwerte bleiben unverändert. In Gemeinden fallen Liefer- und Dienstleistungsaufträge über 209.000 Euro bzw. Sektorenaufträge (Wasser, Energie, Post, Verkehr) über 418.000 Euro in den Anwendungsbereich der Richtlinie.

EU-Kommission veröffentlicht E-Rechnungsstandard

Die EU-Kommission veröffentlichte die europäische Norm für E-Rechnungen und die Liste von Syntaxen. Auch Gemeinden sind verpflichtet, E-Rechnungen anzunehmen.

In Umsetzung der Richtlinie über die elektronische Rechnungsstellung war die europäische Normungsorganisation CEN beauftragt, eine europäische Rechnungsnorm

sowie die damit verbundenen Produkte, darunter die Liste der Syntaxen zu entwickeln. Öffentliche Auftraggeber, also auch die Gemeinden, sind aufgrund der Richtlinie verpflichtet, E-Rechnungen anzunehmen und selbst auszustellen.

Die Norm wurde am 17. Oktober im EU-Amtsblatt veröffentlicht und ist bereits in Kraft getreten.



Europapreis des Europarats: Sieger erhält Reisescheck

Den an Gemeinden gerichteten Europapreis des Europarats gibt es schon über 60 Jahre, er wurde 1955 von der Parlamentarischen Versammlung ins Leben gerufen um Städte und Gemeinden auszuzeichnen, denen die Förderung des europäischen Gedankens ein echtes Anliegen ist.

Gemeinden, die aktive Partnerschaften betreiben, ihre Bürger in die Europaarbeit einbeziehen und Mitglied eines Kommunalverbandes sind, können sich nacheinander um Europadiplom, Ehrenfahne, Ehrenplakette und schließlich den Europapreis bewerben. Dem Sieger des Europapreises winkt ein Preisgeld von 20.000 Euro.

Die Antragstellung für den Europapreis und seine Vorläufer erfolgt ausschließlich online. Dem Antrag sind jedenfalls ein Schreiben des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin sowie ein umfassender Bericht über das europäische Engagement der Gemeinde anzufügen. Vier Kriterien sind dabei zu berücksichtigen: Gemeindepartnerschaften, europäische Veranstaltungen, europäische oder internationale Solidarität sowie Mitgliedschaft in einem Kommunalverband.

Die Bewerbungsfrist endet am 15. Jänner 2018, die Preisverleihung findet immer im Juni in Straßburg statt.

<http://website-pace.net/web/apce/the-europe-prize>



50. Geburtstag von Bgm.in Michaela Raber: Feste feiert man, wie sie fallen! So dachte auch Rauchwärts Bürgermeisterin Michaela Raber und lud genau an ihrem Ehrentag die Gemeindebevölkerung, FreundInnen, Vereine und WegbeleiterInnen ins Gemeindehaus ein. Dort wurde vom Nachmittag an bis in die Abendstunden hinein gefeiert und gelacht.

Michaela Raber ist seit 2011 Bürgermeisterin und war davor schon Gemeinderätin. Seit 2014 ist sie stellvertretende Bezirksparteivorsitzende und schon seit vielen Jahren stellvertretende Bezirksvorsitzende der SPÖ Frauen im Bezirk Güssing.

Zu ihrem Geburtstag gratulierten daher im Beisein von Vizebürgermeister Rudi Ploy seitens der Bezirkspartei Landesrätin Verena Dunst, LAbg. Wolfgang Sodl und BGF Patrk Hafner sowie Margot Bösenhofer, Andrea Unger und Sigrid Holper von den SPÖ Frauen. Foto: SPÖ



Großes Goldenes Ehrenzeichen mit Stern für Erwin Preiner

Im Rahmen einer Ehrenzeichenverleihung der Republik an verdiente MandatInnen des Nationalrats durch Nationalratspräsidentin Bures wurde auch der Windener Bürgermeister NR Erwin Preiner geehrt. Er wurde für seine langjährige parlamentarische Tätigkeit und sein politisches Engagement mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit Stern ausgezeichnet.

In seinen Dankesworten im Namen aller Geehrten sagte Preiner, jede und jeder, der heute mit einem Ehrenzeichen ausgezeichneten Abgeordneten habe aus einem ganz persönlichen Hintergrund den schwierigen Schritt in die Politik gewagt. Alle seien von dem Wunsch motiviert, positive Veränderungen für die Menschen in Österreich zu bewirken. Um dabei Erfolg zu haben, brauche es die Fähigkeit, Konsens über die Parteigrenzen hinweg zu erzielen. Wichtig sei es aber auch, dabei nie den Draht zu den Bürgerinnen und Bürgern zu verlieren.

Im Bild (v.l.n.r.): Bürgermeister NR Erwin Preiner mit Nationalratspräsidentin Bures Foto: Nationalrat

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt
 GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M